

Veranstaltungen von lea gegen die Militarisierung der Köpfe

■ Antimuslimischer Rassismus – Fremdenfeindlichkeit unter dem Deckmantel der Islamkritik

Dr. Sabine Schiffer

Mi, 30.11.2011, 19:00 – 21:30 Uhr, Frankfurt
entgeltfrei

■ Krieg, Atom, Armut – Die GRÜNEN als Teil des neokonservativen Rollbacks

Vortrag mit merkwürdigen Bildern und Diskussion
Jutta Ditfurth

Do, 16.02.2012, 14:00 – 18:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 33 €, GEW Mitglieder 14 €

■ Zivil-militärische Kooperation in der Schule

Neuer Alltagsmilitarismus durch die Hintertür?
Christian Axnick

Di, 28.02.2012, 14:00 – 17:00 Uhr, Gießen
entgeltfrei

■ Eine Welt jenseits von Nato und Krieg – Möglichkeiten und Perspektiven

Prof. Dr. Werner Ruf

Do, 01.03.2012, 17:00 – 19:30 Uhr, Frankfurt
entgeltfrei

■ Vom allgemeinen Gewaltverbot zur „Responsibility to Protect“

Über Sinn und Unsinn „humanitärer“ Interventionen
Dr. Johannes Schwehm

Mi, 21.03.2012, 14:00 – 17:00 Uhr, Frankfurt
entgeltfrei

Anmeldung:

lea – Gemeinnützige Bildungsgesellschaft
der GEW Hessen

Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt

Tel.: 069 - 97 12 93-27

Fax: 069 - 97 12 93-97

E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de

Online-Anmeldung unter: www.lea-bildung.de

Soldaten sollen schießen, nicht buddeln ...

Die Bundeswehr soll sich auf das Kriegführen konzentrieren, anstatt Brunnen zu bauen. Das sagte Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) dem Bonner General-Anzeiger vom Samstag, dem 3. September 2011. »Oft war es sehr bequem, daß sich Soldaten an einem internationalen Einsatz beteiligt haben, der in Wahrheit nicht zum Kern eines militärischen Auftrags gehört«, so der CDU-Politiker über Entwicklungshilfe- oder Aufbauarbeiten. Ingenieure in Uniform seien zwar hoch angesehen, entlasteten aber vor allem andere, selbst Fachleute zu schicken. »Deswegen werden wir die deutsche Öffentlichkeit daran gewöhnen müssen, daß die Bundeswehr nicht zur Verfügung steht, Aufgaben zu übernehmen, die andere nicht erledigen wollen.« Zum Brunnenbohren schicke man keine Soldaten in ein fremdes Land. »Wenn man aus militärischen Gründen bereits in einem Land ist, und das Brunnenbohren kann dazu helfen, das Land aufzubauen und zu befrieden, dann ja.« Als alleinige Aufgabe komme es aber nicht mehr in Frage.



Die Bundeswehr führt Krieg in Afghanistan. Darüber hinaus sind Soldaten der Bundeswehr im Kosovo, in Somalia, Libanon, Sudan und Bosnien-Herzegowina im (Kriegs-) Einsatz.

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Auslandseinsätze entweder ab oder steht ihnen zumindest kritisch gegenüber. Vor allem der Kriegseinsatz in Afghanistan stößt auf große Ablehnung. Daher will die Bundeswehr ihr Ansehen verbessern und im „Kampf um die Köpfe“ den Kindern und Jugendlichen erklären, warum kriegerische Einsätze der Bundeswehr nicht zu vermeiden seien. Auf Initiative des Bundesverteidigungsministeriums wurden deshalb in Hessen und bisher sieben weiteren Bundesländern sogenannte Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und den jeweiligen Wehrbereichskommandos der Bundeswehr unterzeichnet.

Eine Kooperationsvereinbarung auch mit der Friedensbewegung lehnte das Hessische Kultusministerium hingegen grundlegend ab. Dass eine solche überhaupt etwas daran hätte ändern können, dass die Bundeswehr mit einem Werbeetat von rund 50 Millionen Euro und gezielt geschultem hauptamtlichen Personal Zustimmung für die Militarisierung deutscher Außenpolitik beschaffen kann, darf zudem bezweifelt werden.

Die Kooperationsvereinbarung soll den Jugendoffizieren der Bundeswehr privilegierten Zugang in die hessischen Klassenzimmer und Schulhöfe eröffnen.

Sinnvoll und notwendig wäre stattdessen eine grundsätzliche Friedenserziehung an Hessens Schulen, wie dies auch die Hessische Verfassung nahelegt. Hier heißt es in Artikel 69: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. [...] Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“ Das Schulgesetz legt zudem fest, der Unterricht müsse dazu befähigen, „Konflikte vernünftig und friedlich zu lösen“.

Eine einseitige Bevorzugung militärischer Perspektiven in Bezug auf internationale Konflikte konterkariert diese Bestimmungen. Insbesondere, wo für eine so genannte „Verteidigungsarmee“ inzwischen folgende Prämissen formuliert worden sind:

- „Die Struktur der Bundeswehr wird konsequent auf Einsätze ausgerichtet“ (Weißbuch 2006 des Bundesverteidigungsministeriums).
- „Künftige Einsätze lassen sich weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen“ (Verteidigungspolitische Richtlinien 2003).
- Ziel der Maßnahmen ist die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt [...]“ (Verteidigungspolitische Richtlinien 1992).

Zu diesem Ergebnis kommt auch eine aktuelle Studie von Lena Sachs mit dem Titel „Die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bildungseinrichtungen“ vom August 2011.

Die Autorin legt überzeugend dar, dass beim Einbezug der Bundeswehr in den schulischen Unterricht über die entsprechenden Kooperationsverträge der Kultusministerien weder das Verbot der Nachwuchswerbung noch die Grundsätze zur politischen Bildung (Beutelsbacher Konsens) eingehalten werden. Sie fordert daher, die Kooperationsabkommen aufzukündigen und der kritischen Friedenspädagogik im Unterricht mehr Raum zu geben.

Dieser Forderung schließt sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen an.

Wir wollen eine bundeswehrfreie Schule und langfristig die Verdrängung des Militärs aus allen Bildungseinrichtungen. Schülerinnen und Schüler sollen nicht für den Kriegseinsatz und damit für das Töten von Menschen angeworben, sondern zum Frieden erzogen werden.

Die GEW Hessen hat deshalb eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen – unter anderem auch, um bei Bedarf vor Ort Hilfestellung zu leisten und Argumente für die Auseinandersetzung an den Schulen zu liefern. Außerdem bietet sie, das Bildungswerk der GEW Hessen, spezielle Veranstaltungen zu diesem Thema an.

Kontakt zur AG „Schule ohne Militär“
jwernicke@gew-hessen.de

